

Wohnungsbau | 18.03.2026 | Nr. 92/26

Michel Deckmann: TOP 21: Es mangelt nicht an Akteuren auf dem Wohnungsmarkt

Es gilt das gesprochene Wort!

In der heutigen Debatte zum Wohnungsbau in Schleswig-Holstein sagte der wohnungsbaupolitische Sprecher Michel Deckmann zu Beginn seiner Rede:

„Wir haben hier bereits viele wohnungsbaupolitische Debatten geführt und die Situation ist weiterhin herausfordernd. Es gibt zu wenig Neubauten in Schleswig-Holstein, aber auch in der ganzen Bundesrepublik.“

An der Lösung dieser Probleme würde eine ganze Reihe an Akteuren in Schleswig-Holstein arbeiten. Dazu gehörten die Investitionsbank, die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen, das Innenministerium, die Schleswig-Holsteinischen Kommunen, die Wohnungs- und Bauwirtschaft.

Man stelle also fest: Es mangle nicht an marktaktiven Akteuren in Schleswig-Holstein.

„Mit der sozialen Wohnraumförderung haben wir in den vergangenen Jahren gerade diese Akteure unterstützt, indem wir hier insgesamt fast zwei Milliarden Euro investiert haben, um den Wohnungsbau voranzutreiben.“

Dieses Instrument wirkt und greift gut! Allein im letzten Förderjahr haben wir indirekt über die soziale Wohnraumförderung knapp 4200 Wohneinheiten gefördert. Das sind Zahlen, die sich wirklich sehen lassen können.“

Der Ansatz der SPD-Fraktion, nun eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen sei wahrlich nicht neu.

„Das ist ein Konstrukt, was es vor vielen Jahren bereits gab, was aber unter einer SPD-Ministerpräsidentin veräußert worden ist und dementsprechend nicht mehr zur Verfügung steht.“

Es setze außerdem nicht da an, wo es müsste, da es nicht mit den Akteuren handelt, die in Schleswig-Holstein bereits flächendeckend unterwegs und aktiv sind, wie den Genossenschaften, den privaten Bauherren aber auch teilweise kommunale Gesellschaften.

„Eine Landeswohnungsbaugesellschaft hätte sogar gegenteilige Effekte im Land, da

nicht nur personelle und finanzielle Strukturen aufgebaut werden müssten, die am Ende des Tages zentral im ganzen Land aktiv werden müssten. Das Ganze würde enorme Haushaltsmittel binden. Außerdem würde sie auch in Konkurrenz zu den bereits bewährten Akteuren der Wohnungswirtschaft stehen. Das wollen wir nicht!“

Man arbeite auch weiterhin daran, dass die tatsächlichen Probleme im Land angegangen würden.

„Wir müssen weiter das Thema Baukostenentwicklung angehen. Da haben wir mit Anpassungen der Landesbauordnung begonnen sowie Initiativen zum Gebäudetyp E gestartet und werden hier auch weiterhin aktiv vorangehen.“

Die Themen rechtliche Hemmnisse und Baulandausweisungen in Kommunen müsse man ebenfalls angehen.

„Genau da kann auch eine beratend tätige Landesentwicklungsgesellschaft hilfreich sein. Denn diese soll gerade den kleinen Kommunen eine bessere Übersicht über die Instrumente am Markt geben, die auch den kleinen Kommunen zur Verfügung stehen. Eine solche Gesellschaft könnte außerdem der besseren Markttransparenz dienen und ist gerade für unsere ehrenamtlich geführten Kommunen sinnvoll“, so der Abgeordnete.

Genau das habe auch das Gutachten zur Landesentwicklungsgesellschaft bestätigt. Da seien Expertengespräche geführt und die Ausgangslage tiefgehend analysiert worden. Auch da sei eines klar geworden: Es mangle vor allem in den Bereichen Bündelung an Informationen, Transparenz der Informationen und an Unterstützung diese in tatsächliche Handlungen umzusetzen.

„Von daher schlägt das Gutachten vor, dass die maßgebliche Zielgruppe einer Landesentwicklungsgesellschaft die Kommunen sein sollten und ich glaube, das ist grundsätzlich auch sehr richtig.

Kommen wir zum Fazit: Eine Landesentwicklungsgesellschaft nach Vorbild des Gutachtens kann eine sinnvolle, marktergänzende Funktion übernehmen, eine eigene Landeswohnungsbaugesellschaft löst keine Probleme“, sagte Deckmann abschließend.